

Unterstützerguppe „Asyl/Migration Dillingen a.d.D.“ e.V.

Kontaktadresse: Vorsitzender / Koordinator Georg Schrenk, Oberst a.D.,
Eisengrabenweg 4, 89407 Dillingen

Tel: (09071) 7290766 eMail: koordinator@asyl.dillingen.de

Spendenkonto IBAN DE45720690430001522795 VRBank Donau-Mindel



19.03.17

An die Damen und Herren
Abgeordnete der CSU im Bayr. Landtag
sowie der CSU-Landesgruppe im Bundestag

Sehr geehrte Frau Abgeordnete / sehr geehrter Herr Abgeordneter,

unsere Unterstützerguppe versucht in Dillingen insgesamt über 400 Flüchtlinge mit zu betreuen. Darunter sind auch Flüchtlinge aus Afghanistan, die zum Teil eine Anerkennung haben, aber auch seit Jahren hier geduldet waren. Mehrere erzählten mir, dass sie im Iran geboren sind, keine Angehörigen in Afghanistan haben und, wenn sie dorthin zurück müssen, vor dem Nichts stehen. Sie wollen sich hier eine Zukunft aufbauen und haben inzwischen, auch durch die Hilfe Ehrenamtlicher, schon beachtliche Deutschkenntnisse. Wir wissen, dass unsere Handwerksbetriebe und die Schulen für Alten- und Krankenpflege nach Auszubildenden suchen, und dies nicht erst seit heute.

Seit Jahren bemühen wir Ehrenamtliche uns darum, dass sozialer Frieden in unseren Städten und Dörfern herrscht. Die jüngsten Informationen über die Straftaten in Bayern bestätigen, dass diese z.B. in Schwaben nicht zugenommen haben. Dies ist nicht in erster Linie der Verdienst der Behörden, sondern **Verdienst der Helfergruppen**. Als die dezentralen Unterkünfte eingerichtet wurden, haben wir uns unentgeltlich in den Dienst der Sache gestellt und Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern und Kulturkreisen

- kostenlos zu ersten Deutschkenntnissen verholfen,
- Praktikumsplätze und später Arbeits- und Ausbildungsstellen besorgt,
- in unsere Vereinen integriert und nicht zuletzt
- im komplizierten Behördensdschungel den Weg gewiesen, damit teilweise der schwer nachvollziehbare „Formularkrieg“ erfolgreich bewältigt werden konnte. Hierdurch wurde das Personal, welches auch mit unseren Steuergeldern bezahlt wird, erheblich unentgeltlich entlastet.

Es gibt in Bayern und Deutschland bestens integrierte, deutsch sprechende und arbeitende afghanische, nigerianische, senegalesische sowie andere Asylsuchende, deren Anträge oft erst nach langer Zeit negativ beschieden werden und die seit Jahren geduldet sind. Es ist weder christlich noch sozial, diese Menschen ihrem Freundeskreis, ihrem Arbeitgeber und ihren Kollegen zu entreißen. Ob man hier von Abschiebungen, Deportationen oder des Landes verweisen spricht, ist unerheblich. Das BAMF hat erwiesenermaßen Probleme mit der Qualität der Entscheidungen, die von EINZELPERSONEN gefällt werden. Weil diese eine Person im BAMF negativ entscheidet, soll während des weiteren langwierigen Verfahrens niemand mehr eine Ausbildung beginnen dürfen? Auch werden Arbeitsgenehmigungen von Flüchtlingen aus Staaten mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit sowie Afghanistan nicht verlängert, obwohl die Menschen schon jahrelang hier sind. Die Möglichkeiten des § 61 AsylG aber auch der 3:2 Regelung werden ständig durch Kriterienvorgaben des Bayerischen Innenministeriums unterlaufen.

Menschen aus den sogenannten sicheren Herkunftsstaaten, die ihre Asylanträge vor dem 31.08.2015 gestellt haben, die bestens deutsch sprechen, deutsche Schul- und Berufsabschlüsse erreicht haben und nicht abgeschoben werden können, weil mit dem jeweiligen Staat kein teures Rücknahmeabkommen getroffen wurde, werden zwangsalimentiert und kosten uns Steuerzahler viel Geld. Kaum verständlich zu machen ist es einem denkenden Menschen, wenn

Flüchtlingen, die seit Jahren schon gearbeitet haben jetzt, weil sie angeblich an ihrer Identitätsfeststellung nicht mitwirken, die Arbeitserlaubnis nicht mehr erteilt wird. Diese Flüchtlinge fielen niemand zur Last, jetzt müssen sich wieder die Sozialkassen darum kümmern.

Die Angehörigen unserer Gruppe und ich haben die Lobreden satt, wir können sie nicht mehr hören. Damit will man uns offensichtlich ruhig stellen, nur, wir werden unsere Stimme erheben. Unsere Arbeit würdigt man dadurch, dass man die Menschen, die wir betreuen, human, mit christlicher Nächstenliebe und Barmherzigkeit behandelt. Dass man anerkennt, wenn jemand Leistung gezeigt hat und bestens integriert ist, sollte auch von staatlichen Stellen bei der Entscheidungsfindung praktiziert werden.

Ich, als Koordinator der Gruppe nehme meine Motivation aus unserem Grundgesetz, aber auch den Worten von Jesus Christus. Ich habe einst einen Eid auf die Bundesrepublik Deutschland abgelegt und über 41 Jahre in der Bundeswehr bis zur Dienststellung eines Regimentskommandeurs Dienst geleistet. Dieser Eid erfolgte auf unser Grundgesetz und, was manche Entscheidungsträger scheinbar vergessen haben, beginnt das Grundgesetz mit dem Artikel 1, der sich mit der Menschenwürde befasst.

Mir ist bewusst, dass Politiker immer mit der Rechtsstaatlichkeit bei der Durchführung von Asylverfahren hierzulande argumentieren. Über der **Rechtsstaatlichkeit** steht aber die Gewissensentscheidung, die bei Gedenktagen für Widerstandskämpfer im 3. Reich immer wieder beschworen wird. Scheinbar sind dies auch nur leere Worte deren Realisierung unnötig ist?

Wer von Ihnen, sehr geehrte Abgeordnete hat Asylbewerber einmal zur ABH, zum Sozialamt, zum Bürgerbüro usw. jemals ohne Presse begleitet?

Wer hat in einer Flüchtlingsunterkunft ohne Medienbeobachtung Gespräche mit Flüchtlingen geführt?

Wer von Ihnen war in Afghanistan ohne Bristol-Weste unterwegs, es ist ja ein Land mit sicheren Zonen?

Haben Sie Mut, gehen Sie diese Wege, machen Sie sich selbst ein Bild.

Leider ist es aber so, dass es z.B. in der Bayerischen Staatsregierung Bedienstete gibt, die den Kontakt zum Bayerischen Flüchtlingsrat verweigern, die mit Schreiben wie jüngst an die Träger der Asylsozialhilfe rechtswidrigen Druck erzeugen und die fast täglich neue Vorgaben erfinden, die die Integration erschweren. Wir haben grundsätzlich keine Einwände, wenn Asylbewerber, die nach 6-9 Monaten eine Entscheidung erhalten, diese rechtmäßig und unanfechtbar ist, ihren Weg zurück antreten müssen. Wir wehren uns aber dagegen, dass Menschen, die schon jahrelang hier sind, nur um einer gewissen Wählerklientel zu gefallen, abgeschoben werden.

Übrigens: Auch unter den Helferinnen und Helfer sind potentielle CDU/CSU – Wähler. Meine Kontakte sagen mir, dass sich die Mehrzahl bei den nächsten Wahlen der CSU verweigern wird. Und wenn Sie einmal ein Soziogramm über die Mitglieder in Helfergruppen anfertigen lassen, werden sie feststellen, dass sich dort Menschen einbringen, die häufig lange Zeit dem Staat gedient haben, auch heute noch am öffentlichen Leben unseres Staates teilnehmen und eine Vielzahl von Ehrenämtern ausüben.

Ich bin mir sicher, die Helfernetzwerke in den entsprechenden Wahlkreisen geben ihren gewählten Volksvertretern gerne und umfassend Auskunft, zeigen ihnen die Unterkünfte und stellen ihnen Asylsuchende aus Afghanistan, dem Senegal, Nigeria oder vielen anderen Ländern vor, mit denen sie zum Teil auch bayerisch, schwäbisch oder einen anderen der vielen Dialekte unseres Landes sprechen können. Übrigens: Mit mir hat bisher kein Abgeordneter der CSU Verbindung aufgenommen. Auch ein Zeichen, das wir zu bewerten wissen!

Stellen Sie die unsinnigen Arbeitsverbote in Bayern ein! Sie werden keinen einzigen Afrikaner davon abhalten, sich auf den Weg nach Europa zu machen.

Beenden Sie die Abschiebungen von Flüchtlingen, Menschen gegen ihren Willen nach Afghanistan und in andere gefährliche Gebiete!

Mit freundlichen Grüßen

